Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands - MLPD
Landesleitung Nordrhein-Westfalen
Friedrich-Ebert-Str. 3, 40210 Düsseldorf
Tel.: (0211) 355 83 03 – Fax.: (0211) 355 84 54

E-Mail: nrw@mlpd.de
Internet-Seiten: www.mlpd.de

An den
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen
Ralf Jäger
Haroldstr. 5

40213 Düsseldorf
per mail

Düsseldorf, 30. August 2013

Offener Brief

Sofortiges Verbot der Partei „Die Rechte“ - offensichtliche Nachfolgeorganisation der verbotenen „Kameradschaften“ und die entschiedene strafrechtliche Verfolgung faschistischer Kräfte in Dortmund!

Sehr geehrter Herr Innenminister Jäger,

am Dienstag dieser Woche wurde ein Straßenumzug der Wählerinitiative Gerd Pfisterer, Kandidat für die MLPD in Dortmund, durch zirka zwanzig Mitglieder der vor einem Jahr verbotenen faschistischen Organisationen (Kameradschaften) angegriffen. Gerd Pfisterer berichtet in seiner Mitteilung an die Presse: *„Die Mitglieder der Wählerinitiative 'Gerd Pfisterer' fühlten sich massiv bedroht, denn bekannt sind ja auch die Beziehungen der Dortmunder Faschisten zu den faschistischen Terroristen der NSU. Ich habe daraufhin versucht, bei dem Einsatzleiter eine Strafanzeige wegen massiver Behinderung und Einschränkung unseres Wahlkampfes, Bedrohung durch die massive und körperliche Präsenz der Faschisten zu stellen. Er lehnte dies ab, weil dazu kein Grund vorliege.“* Die Faschisten feierten das am Abend auf ihrer Homepage.
Ich protestiere entschieden gegen diesen ungeheuerlichen Vorgang, dass die Dortmunder Polizei in solcher Weise faschistische Angriffe und deren Volksverhetzung mit der Demagogie von angeblicher „Überfremdung“ duldet, statt dagegen vorzugehen.

Im vergangenen Jahr haben Sie als Innenminister verschiedene der faschistischen Kameradschaften verboten und bei den Hausdurchsuchungen in diesem Zusammenhang wurden zahlreiche Waffen sichergestellt. Sie erklärten damals: *„Es ist uns gelungen, wichtige Strukturen im rechtsextremistischen Netzwerk in NRW zu zerschlagen.“* In ihrer Verbotsverfügung wurde den verbotenen Vereinen untersagt, *„Nachfolgeorganisationen“* zu gründen. Es kann nicht akzeptiert werden, dass die gleichen Personen nun ein Jahr später organisiert auftreten, Menschen bedrohen und die Polizei dabei zusieht. Was ist das anderes als die organisierte Tätigkeit in einer „Nachfolgeorganisation“, deren Gründung von Ihnen selbst untersagt wurde. Ich fordere Sie dringend auf, hier tätig zu werden und erwarte auch entsprechende Maßnahmen gegen den verantwortlichen Einsatzleiter der Dortmunder Polizei. Seit Jahren ist bekannt, dass in Dortmund gegen faschistische Aktivitäten kein entschiedenes Einschreiten der Polizei erfolgt. Das Grundgesetz Artikel 139 ist eine klare Vorgabe für ein antinazistisches Vorgehen aller Behörden in Deutschland.

In Nordrhein-Westfalen kandidiert die neofaschistische Partei „Die Rechte“. Gegründet am 15. September 2012 in Dortmund auf Initiative von führenden Aktivisten, der nur 23 Tage zuvor von Ihnen verbotenen drei faschistischen Vereinigungen. Wie ernst ist ihr Verbot zu nehmen , wenn – vor allem nach den NSU-Morden und der Verstrickung zahlreicher Behörden – diese Täter nun als

scheinbare Demokraten auf der Landesliste der Partei „Die Rechte“ zur Bundestagswahl antreten können? Die neofaschistische Partei „Die Rechte“ muss ohne Wenn und Aber sofort verboten werden!

Des weiteren möchte ich Sie auf eine eklatante Wahlbehinderung diese Woche durch Essener Polizeibeamte im Stadtteil Huttrop hinweisen. Bei einem angemeldeten und friedlichen Straßenumzug der Wählerinitiative Horst Dotten, wurde versucht, diesen mit einem massiven und brutalen Polizeieinsatz zu unterbinden.

Als sich am Spielplatz an der Eickenscheidter Straße spielende Kinder Aufkleber aussuchten wollten, ging der Polizist, der sich *„Dambeck von der PI 1 Mitte“* nannte dazwischen und verlangte grundlos den Ausweis einer Teilnehmerin, wobei er sich die Jüngste herauspickte. Als diese daraufhin den Polizisten aufforderte, sich ebenfalls auszuweisen, versuchte er, ihr die Handtasche zu entreissen und drückte sie vor Zeugen mit dem Unterarm an der Kehle gegen eine Hausmauer. Dabei fielen Unverschämtheiten wie: *„So jetzt nehm ich Sie mit auf die Wache, dann wird es richtig ungemütlich für Sie.“* bzw. *“Ich zeig Ihnen gleich mal, wie das ist, wenn ich Sie tätlich angreife“* und *„zeigen Sie mich ruhig an, darauf freu ich mich!“.*

Das erinnert fatal an die dunkelsten Zeiten deutscher Geschichte!
Die MLPD protestiert in beiden Fällen aufs Schärfste und und behält sich weitere Schritte vor.

Wir werden auf keinen Fall Einschränkungen bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten und Behinderungen unseres Wahlkampfes hinnehmen. Wir erwarten von Ihnen als Innenminister, dass Sie ernst machen mit der Umsetzung des Verbots der faschistischen Kameradschaften und das Verbot von „Die Rechte“ und eine Klarstellung gegenüber den örtlichen Polizeibehörden und entsprechend dienstrechtliche Maßnahmen.

Mit freundlichem Gruß

(Jupp Eicker, Landesvorsitzender der MLPD NRW)